Biotechnologie und Recht: Strafrechtliche Bewehrung*

1. Pro und Contra einer strafrechtlichen Sanktionierung überhaupt

Wenn man als Strafrechtler zu Errungenschaften der modernen Technik zu referieren hat, gerät man leicht in die unliebsame Rolle des „Miesmachers“. Denn das Strafrecht als ein naturgemäß „mißtrauisches“ Recht darf sich nun einmal nicht nur mit dem sinnvollen Gebrauch beschäftigen, sondern muß auch nach dem möglichen Mißbrauch fragen. Um daher dem Eindruck vorzubeugen, in mir einen prinzipiell technologiefeindlichen „Bremsen“ vor sich zu haben, darf ich gleichsam bekenntnisthaft vorausschicken, daß ich mit dem Aufweis möglicher negativer Aspekte keineswegs die positive Bedeutung der modernen Biotechnologie für die Verminderung menschlichen Leidens und für die Verbesserung seines Wohles geschmälert sehen möchte. Doch ähnlich wie andere technische Errungenschaften sind auch die der Reproduktionsmedizin und Human-genetik in ihren individuellen und sozialen Auswirkungen ambivalent. Deshalb darf die Hochschätzung zweifellos segensreicher Fortschritte nicht daran hindern, auch auf deren Kehrseite hinzuweisen und nach geeigneten Schutzvorkehrungen zu suchen.

1.1 Gegenläufige Tendenzen

Das mir gestellte Thema lautet: „Biotechnologie und Recht: Strafrechtliche Bewehrung“ – aber: mit oder ohne Fragezeichen? Das ist bereits eine erste Frage, die zu stellen wäre. Denn ist es wirklich von vorneherein ausgemacht, daß man in diesem Bereich überhaupt einer strafrechtlichen Bewehrung bedarf? Die Veranstalter dieses Gesprächs haben dies in ihrer zweifellos „höheren Weisheit“ stillschweigend bejaht, indem sie mich ohne Anflug eines Zweifels um einen Bericht über die offenbar als selbstverständlich vorausgesetzte strafrechtliche Bewehrung gegenüber biotechnologischen Verfahren gebeten haben.

Für andere aber ist dies keineswegs so selbstverständlich: Wenn ich etwa an unsere Beratungen in der – im Hinblick auf ihren Vorsitzenden allgemein als Benda-Kommis-

* In einigen Punkten ergänzte, im wesentlichen jedoch unveränderte Fassung eines Vortrags vom 10. 1. 1986 bei den 16. BITBURGER GESPRÄCHEN über „Biotechnologie und Recht“. Auch der Vortragsstil ist beibehalten. Deshalb beschränken sich die Anmerkungen auf Fundstellennachweise zu den im Text genannten Dokumenten oder Autoren sowie auf Hinweise auf eigene Vorarbeiten, in denen die hier angesprochenen Fragen teilweise schon eingehender behandelt sind.

sion bezeichneten – interministeriellen „Arbeitsgruppe In-vitro-Fertilisation, Genomanalyse und Gentransfer“¹ zurückdenke, so waren Harmonie und Konsens spätestens dann zu Ende, wenn es um die Frage etwaiger Sanktionen und – noch schlimmer – um solche von strafrechtlicher Art ging. Wenn auch im Ton recht moderat, so findet sich diese „Grundangst des Forschers“ namentlich im Sondervotum von *Doerfler* artikuliert.²

Aber es sind keineswegs nur die von einem Verbot möglicherweise selbst Betroffenen, die sich gegen strafrechtliche Sanktionierung mit Händen und Füßen wehren: Auch die Strafrechtler selbst sind keineswegs diejenigen, die mit besonderem triumphalistischem Eifer die Fahnen des Strafrechts schwingen möchten. Im Gegenteil: von wenigen Ausnahmen – wie etwa der von *Ostendorf*³ – abgesehen, neigen die Strafrechtler eher zur Zurückhaltung, wobei hier lediglich auf *Arthur Kaufmann*⁴ hingewiesen sei.^{4a} Und auch ich selbst habe – obgleich der einzige Strafrechtler in der Benda-Kommission und daher vielleicht dem Verdacht strafrechtlicher Regelungseuphorie ausgesetzt – keineswegs zu jenen gehört, die immer und überall den „Joker“ des Strafrechts gezogen sehen möchten. Vielleicht muß man in der Tat selbst Strafrechtler sein, um sich über Funktion und Effizienz des Strafrechts keinen Illusionen hinzugeben.

Daraus aber vorschnell einen Abgesang auf das Strafrecht heraushören zu wollen, wäre freilich ebenso verfehlt. Denn entgegen einem in Forscherkreisen weit verbreiteten Mißverständnis gehe ich davon aus, daß die Erforschung und Anwendung neuer Verfahren keine reine Privatsache des einzelnen Forschers oder Mediziners sein kann, sondern gegenüber der Allgemeinheit zu legitimieren und zu verantworten ist.⁵ Das

¹ Dieser „Bericht der Arbeitsgruppe In-vitro-Fertilisation, Genomanalyse und Genterapie“, die im Mai 1984 vom Bundesminister für Forschung und Technologie zusammen mit dem Bundesminister der Justiz eingesetzt worden war und ihre Empfehlungen am 25. 10. 1985 in hektographierter Form der Öffentlichkeit übergeben hat, liegt inzwischen auch in Buchform vor, und zwar in der Reihe „Gentechnologie – Chancen und Risiken Bd. 6: In-vitro-Fertilisation, Genomanalyse und Genterapie. Bericht der gemeinsamen Arbeitsgruppe des Bundesministers für Forschung und Technologie und des Bundesministers der Justiz“. J. Schweitzer-Verlag München 1985. Um den Zugang zu beiden Veröffentlichungsformen dieses nachfolgend so bezeichneten „Benda-Berichts“ zu erleichtern, wird nicht auf die Seitenzahlen, sondern auf die Gliederungsziffern verwiesen.

² Benda-Bericht B. II.

³ Vgl. u. a. *H. Ostendorf*, Juristische Aspekte der extrakorporalen Befruchtung und des Embryotransfers beim Menschen, in: Jüdes (Hrsg.), *In-vitro-Fertilisation und Embryotransfer*, Stuttgart 1983, S. 177–198; *ders.*, Experimente mit dem „Retortentbaby“ auf dem rechtlichen Prüfstand, in: *Juristenzeitung (JZ)* 1984, S. 595–600; *ders.*, Rechtliche Thesen zum Schutz des menschlichen Lebens nach extra-korporaler Befruchtung, in: *Recht und Politik* 1/85, S. 50–52.

⁴ *A. Kaufmann*, Humangenetik und Fortpflanzungstechnologien aus rechtlicher, insbesondere strafrechtlicher Sicht, in: R. D. Herzberg (Hrsg.), *Festschrift für D. Oehler zum 70. Geburtstag*, Köln 1985, S. 549–669; *ders.*, Der prometheische Traum des Menschen. Fortpflanzung zwischen Technik und Strafrecht, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 12. 12. 1985; *ders.*, Der entfesselte Prometheus, in *Flöhl* (unten Anm. 5) S. 259–277.

^{4a} Der nach Abschluß dieses Beitrags bekanntgewordene, im Bundesministerium der Justiz erarbeitete und teils weitergehende „Diskussionentwurf eines Gesetzes zum Schutz von Embryonen (Embryonenschutzgesetz-ESchG) vom 29. 4. 1986 (nachfolgend abgekürzt: BJM-ESchG) konnte hier nur noch in den Anmerkungen berücksichtigt werden.

⁵ Allgemein dazu *A. Eser*, Risiken und Privilegien des Forschers, in: *A. Eser/K. F. Schumann* (Hrsg.), *Forschung im Konflikt mit Recht und Ethik*, Stuttgart 1976, S. 7–39, sowie speziell für den vorliegenden Fragenbereich *A. Eser*, Genetik, Gen-Ethik, Gen-Recht?, in: *R. Flöhl* (Hrsg.), *Genforschung – Fluch oder Segen?*, Reihe Gentechnologie – Chancen und Risiken Bd. 3, München 1985, S. 248–258; *ders.*, *Humangenetik: Recht-*

braucht nicht zu bedeuten, daß der Forscher in ein starres Korsett von Gesetzen zu pressen oder an das Gängelband bürokratischer Einzelanweisungen zu legen wäre. Wohl aber bedeutet es, daß überall dort, wo durch Forschungsaktivitäten die Interessen anderer berührt werden, die Hinnahme solcher Risiken nicht dem subjektiven Belieben des einzelnen Forschers anheim gestellt bleiben kann, sondern dieser sich dazu des Einverständnisses der Betroffenen oder, soweit überindividuelle Interessen auf dem Spiel stehen, der rechtlichen Billigung oder zumindest Tolerierung versichern muß. Das aber kann eine Regulierung und notfalls auch eine Sanktionierung erforderlich machen.

Was also rechtspolitisch nottut, ist gegenüber gegenläufigen Extremen die Suche nach der rechten Mitte: auf der einen Seite Nüchternheit gegenüber jenen Cherubinen einer „Forschungseuphorie“, die in unbändigem Fortschrittsglauben potentielle Gefahren ignorieren und schon in jedweder Regelung eine Strangulierung von Wissenschaft und Freiheit sehen wollen. Auf der anderen Seite Gelassenheit gegenüber jenen Erinnyen einer „Forschungsphobie“, die in abgrundtiefem Mißtrauen nur noch die Mißbrauchbarkeit von neuer Biotechnologie sehen und eine solche Entwicklung durch ein pauschales Veto glauben blockieren zu müssen.

Was dies für die verschiedenen reproduktionsmedizinischen und gentechnologischen Verfahren zu bedeuten hat, wird alsbald noch exemplarisch zu verdeutlichen sein. Zuvor jedoch bleibt noch ein allgemeiner strafrechtspolitischer Grundsatz in Erinnerung zu rufen:

1.2 Die Subsidiarität des Strafrechts

So leicht der Ruf nach dem Strafrecht ist, so schwer ist diese Forderung zu begründen. Denn wie kaum ein anderes staatliches Instrumentarium steht das Strafrecht in einem diametralen Spannungsverhältnis zur Freiheit: Strafrechtsschutz für den einen bedeutet Freiheitseinbuße für den anderen. Diese Kehrseite des Strafrechts wird vom Forscher verständlicherweise als besonders freiheitsbeschneidend empfunden; denn anders als beim Räuber oder Messerstecher, dem die Sozialschädlichkeit seines Verhaltens auf der Stirne steht, ist der Forscher – jedenfalls idealtypisch gesehen – von rechtsloyalen und sozialnützlichen Motiven geleitet. Und selbst wenn die positive Anwendbarkeit seines Forschens noch in den Sternen steht, kann er sich für seine Tätigkeit doch auf ein Grundrecht berufen: die Freiheit von Wissenschaft und Forschung (Art. 5 Abs. 3 GG). Danach aber – und insoweit glaube ich mich entgegen der Kritik von *Lerche*⁶ auf die Zustimmung von *Scholz* in seinem vorangegangenen Vortrag berufen zu können – ist auch Forschung mit und am Menschen grundsätzlich legitim. Und das muß auch für die Reproduktionsmedizin und Humangenetik gelten.⁷

liche und sozialpolitische Aspekte, in: J. Reiter/U. Theile (Hrsg.), *Genetik und Moral*, Mainz 1985, S. 130–145.

⁶ *P. Lerche* in seinem Vortrag über „Verfassungsrechtliche Aspekte der Gentechnologie“ auf dem Ringbergsymposium über „Rechtsfragen der Gentechnologie“ vom 18.–20. 11. 1985 (zur Veröffentlichung vorgesehen von R. Lukes/R. Scholz).

⁷ Näher dazu wie auch zum folgenden *A. Eser*, *Recht und Humangenetik – Juristische Überlegungen zum*

Andererseits bedeutet jedoch Legitimität nicht Schrankenlosigkeit. Denn die Forschungsfreiheit findet jedenfalls dort ihre Grenze, wo durch ein biotechnologisches Verfahren ein zivil- oder strafrechtlicher Tatbestand verwirklicht wird, der dem Schutz eines grundrechtlich garantierten Gutes dient: Das ist namentlich bei Schutztatbeständen zur Wahrung der Menschenwürde sowie des Lebens, der körperlichen Integrität und der Selbstbestimmung der Fall. Und auch an den institutionellen Schutz von Ehe und Familie wäre dabei zu denken.

Immerhin ist aber dabei der deutsche Forscher insofern in einer vorteilhaften Ausgangsposition, als nicht er es ist, der seine Forschung legitimieren müßte, sondern daß umgekehrt etwaige Beschränkungen dieser Forschungsfreiheit der Legitimation bedürfen. Kurz: Nicht die Freiheit, sondern ihre Schranken sind begründungsbedürftig. Wenn man also Forschung in irgendeiner Weise regulieren will, so kann dafür nicht schon das Artikulieren irgendeines moralischen Unbehagens oder eines sonstwie flauen Angstgefühls gegenüber neuen Biotechnologien genügen. Vielmehr müssen solche Befürchtungen in bestimmbareren „Rechtsgütern“ gleichsam dingfest gemacht werden. Insofern setzt eine strafrechtliche Regulierung – und das ist ein erstes rechtspolitisches Erfordernis – ein *bestimmtes bedrohtes Gut* und dessen *Schutzwürdigkeit* voraus.⁸

Doch selbst wenn solche Schutzgüter durch bestimmte biotechnologische Verfahren bedroht erscheinen, muß dies – entgegen einem unter Nichtjuristen weitverbreiteten Mißverständnis – nicht ohne weiteres auf ein Verbot hinauslaufen. Denn je nach Schutzzweck und Gefährdungsart sind durchaus unterschiedliche Regelungswege denkbar: angefangen von rein vorbeugend administrativ-prozeduralen Absicherungen in Form von Anzeige- oder Protokollierungspflichten, über Kontrollmechanismen durch behördliche Instanzen oder auch mittels Selbstkontrolle durch Ethikkommissionen, bis hin zu zivilrechtlicher Wiedergutmachung im Falle von Schädigungen. Und erst wenn solche weniger einschneidenden Absicherungen keinen Erfolg versprechen, kommt als *ultima ratio* auch strafrechtliche Sanktionierung in Betracht.⁹ Insofern muß bei der Frage nach strafrechtlicher Sanktionierung zur Schutzwürdigkeit noch die *Strafbedürftigkeit* hinzukommen.

Doch selbst wenn diese zu bejahen ist, bleibt die Frage, ob das Strafrecht überhaupt ein taugliches Mittel sein kann, um möglichen Mißbräuchen zu begegnen. Dieses weitere Erfordernis von *Straftauglichkeit* hat beispielsweise den Gesetzgeber beim Schwangerschaftsabbruch weithin resignieren lassen. Denn obgleich die Schutzwürdigkeit des ungeborenen Lebens prinzipiell zu bejahen ist, konnte sich der Gesetzgeber dem Eindruck nicht entziehen, daß ein allzu rigides Schwangerschaftsabbruchsverbot nicht nur ineffektiv ist, sondern insgesamt sogar mehr Schaden als Nutzen stiften könnte.

Freilich – und das ist ein eher gegenläufiges Prinzip, für das ebenfalls der Schwangerschaftsabbruch ein Beispiel abgibt – selbst bei zweifelhafter Effizienz eines strafrechtli-

Umgang mit menschlichem Erbgut, in: W. Schloot (Hrsg.), *Möglichkeiten und Grenzen der Humangenetik*, Frankfurt 1984, S. 185–209, insbes. S. 190 ff.

⁸ Zu diesen wie auch zu den nachfolgenden Pönalisierungskriterien vgl. – am Beispiel des Schwangerschaftsabbruchs exemplifiziert – A. Eser, *Aspekte eines Strafrechters zur Abtreibungsreform*, in: D. Hofmann (Hrsg.), *Schwangerschaftsunterbrechung*, Frankfurt 1974, S. 117–177, insbes. S. 144 ff.

⁹ Näher dazu Eser in Schloot (oben Anm. 7) S. 193 ff. Vgl. auch BJM-ESchG S. 7.

chen Verbots kann dieses veranlaßt sein, wenn auf andere Weise die Schutzwürdigkeit des betroffenen Gutes nicht zum Ausdruck gebracht werden kann. Auch wer dies als rein „symbolisches Strafrecht“ glaubt abtun zu können, wird einräumen müssen, daß es gerade in einer Zeit, in der sozialetische Grundüberzeugungen in einem vordergründigen Meinungspluralismus zu zerfallen drohen, legitim und geboten sein kann, durch strafrechtliche Sanktionierung essentieller Grundwerte gleichsam ein Signal zu setzen – in dem Sinne etwa, wie dies das BVerfG zum Schutz des ungeborenen Lebens bei Verwerfung der Fristenregelung getan hat.¹⁰ In einer solchen Situation kann die staatliche Schutzpflicht sogar zu einer *Strafpflicht* erstarken, und sei es auch nur in der Hoffnung auf eine gewisse „sittenbildende Kraft des Strafrechts“ – wobei freilich auch dies nicht einfach zur Durchsetzung einer bestimmten Moralauffassung dienen darf, sondern rechtsgutsbezogen bleiben muß.¹¹

Obleich sich dazu noch manches sagen ließe, muß es mit diesen mehr allgemeinen, zur Hintergrundbeleuchtung aber wohl doch notwendigen Bemerkungen genug sein. Doch bevor wir zu den einzelnen biotechnologischen Verfahren kommen, ist erst noch einem generellen Grundeinwand zu begegnen:

1.3 Vermeintliche Diskriminierung des Forschers

Ähnlich wie schon vor einigen Jahren beim Streit um das geplante Gentechnologiegesetz in manchen Forscherkreisen befürchtet, sahen wir uns auch in der Benda-Kommission immer wieder dem Vorwurf ausgesetzt, daß im Falle einer strafrechtlichen Sanktionierung bestimmter biotechnologischer Verfahren der Forscher in bislang unbekannter Weise kriminalisiert würde und mit einem solchen Alleingang die Bundesrepublik weltweit alleinstünde – mit der Folge, daß sich deutsche Forscher zu einem Exodus in andere Länder gezwungen sehen könnten.¹² Um einer solchen Legendenbildung vorzubeugen, sei zweierlei vorweg klargestellt:

– Zum einen, daß sich bereits bei einem *intranationalen* Vergleich der Naturwissenschaftler durch etwaige strafbewehrte Regelungen keineswegs diskriminiert zu fühlen braucht. Denn für den Mediziner ist es schon seit langem eine zwar lästige und vielleicht auch nur mit Widerwillen akzeptierte, aber durchaus geläufige Selbstverständlichkeit, daß sein Umgang mit dem Patienten mit einem strafrechtlichen Risiko behaftet ist, wobei hier lediglich an die Sanktionierung von Kunstfehlern oder Aufklärungsverstößen erinnert sei.¹³ Wenn demgegenüber dem Humangenetiker und Biologen die

¹⁰ Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (BVerfGE) 39 (1976) S. 1 ff.

¹¹ Zu dieser Gratwanderung zwischen einem reinen „Gesinnungsstrafrecht“ und einem sittlichkeitsuntermauerten „Rechtsgüterschutzstrafrecht“ vgl. am Beispiel der Reform des früheren Sittlichkeitsstrafrechts A. Eser, Sexualität und Strafrechtsreform, in: Juristische Analysen 2 (1970) S. 218–242, insbes. S. 219 ff.

¹² Vgl. namentlich das Sondervotum von W. Doerfler, in Benda-Bericht B. II.

¹³ Näher dazu A. Eser, Der Arzt zwischen Eigenverantwortung und Recht, in: D. Mieth/K. Weber (Hrsg.), Anspruch der Wirklichkeit und christlicher Glaube, Düsseldorf 1980, S. 166–189; ders., Der Forscher im Spannungsfeld des Rechts, in: O. Saame/G. Eifler (Hrsg.), Wohin führt der Fortschritt in den Wissenschaften? Reihe „Mainzer Universitätsgespräche“, Mainz 1986 (im Druck).

Konfrontierung mit dem Strafrecht neu erscheint, dann wohl deshalb, weil im Rahmen der traditionellen Grundlagenforschung so gut wie nie bestimmte Schutzgüter bedroht erschienen, sondern allenfalls die Anwendung mit Mißbrauch oder Gefahren verbunden sein konnte. Von diesem gleichsam „rechtsfreien Raum“ der Grundlagenforschung, den man – wenn nicht sogar als „verantwortungsfreies Tummelfeld“ mißverstanden – allenfalls durch die Selbstverantwortlichkeit des einzelnen Forschers beschränkt sah, bleibt jedoch immer weniger übrig; denn selbst wenn sich Wissenschaft und Technologie nach wie vor begrifflich unterscheiden lassen, so scheint die Zeit, in der man für die Grundlagenforschung schrankenlose Freiheit glaubte proklamieren zu können, um dann für deren technologische Anwendung allein den Politiker verantwortlich zu machen, diese Zeit scheint in vielen Bereichen längst vorbei: so vor allem in der Nuklear- und Genforschung. Denn nicht nur, daß hier bereits durch die Grundlagenforschung als solche Naturgegebenheiten verändert und Gefahrenquellen geschaffen werden können. Auch schreitet gerade in der Biotechnologie der Fortschritt derart stürmisch voran, daß neue Erkenntnisse fast nahtlos in die Anwendungs- und Verwertungsphase übergehen – und zwar keineswegs zufällig oder versehentlich, sondern – im Zeichen eines verstärkten „Technologietransfers“ zwischen Universität und Industrie – sogar öffentlich propagiert. Damit aber wird es höchste Zeit, daß auch der Forscher – und zwar bereits der Grundlagenwissenschaftler – seine eigene Verantwortlichkeit für die Folgen seines Tuns begreift und sie nicht einfach auf den Nutzenwender abzuschieben sucht. Das aber bedeutet, daß er sich auch etwaigen strafrechtlichen Schutztatbeständen nicht einfach durch Berufung auf seine Forschungsfreiheit wird entziehen können.

– Zum anderen ist mit einer solchen rechtlichen Verantwortlichkeit der Forscher auch *international* keineswegs derart diskriminiert, wie von manchen – und zwar teils selbst entgegen besserer Belehrung – immer wieder kolportiert wird. Denn ohne einem internationalen Vergleich über Regelungen im Bereich der Humangenetik, den wir an unserem Freiburger Max-Planck-Institut in Angriff genommen haben, vorgreifen zu wollen, läßt sich doch schon jetzt die Voraussage wagen, daß sich die Bundesrepublik Deutschland, wenn sie die wenigen Pönalisierungsvorschläge der Benda-Kommission aufgreifen würde, international gesehen keineswegs isolieren würde. Im Gegenteil: selbst solche westlichen Länder, die – wie vor allem England und Australien – in der Reproduktionsmedizin an vorderster Front marschieren, gehen mit manchen Reglementierungen und Verboten sehr viel weiter, als wir dies in der Benda-Kommission vorzuschlagen gewagt haben. Deshalb möchte ich mich bei meinen nachfolgenden Einzelerörterungen nicht auf eine Präsentation der von der Benda-Kommission vorgeschlagenen Sanktionierungen beschränken, sondern jeweils auch einen rechtsvergleichenden Blick auf andere Länder werfen. Dies kann freilich nur sehr selektiv geschehen, und zwar unter Berücksichtigung des englischen „Surrogacy Arrangements Act“ vom 16. Juli 1985¹⁴ (der seinerseits auf den bekannten „Warnock Report“¹⁵ zurückgeht), den

¹⁴ United Kingdom „Surrogacy Arrangements Act 1985“ of 16th July 1985 (Chapt. 49).

¹⁵ Report of the Committee of Inquiry into Human Fertilisation and Embryology, London July 1984 (nach der Kommissionsvorsitzenden als „Warnock Report“ bezeichnet).

„Infertility (Medical Procedures) Act“ des australischen Staates Victoria von 1984¹⁶ (der freilich erst teilweise durch Verkündung in Kraft getreten ist)¹⁷ sowie den dem Benda-Bericht vergleichbaren kanadischen Report der „Ontario Law Reform Commission“ von 1985.¹⁸

2. Biotechnologie im Rahmen der Reproduktionsmedizin

2.1 Homologe Insemination (AIH)

Was die intrakorporale künstliche Befruchtung mit dem Samen des Ehemannes betrifft, ist im Prinzip weltweit rechtliche Akzeptanz zu registrieren. Dies jedenfalls solange, als die Insemination zu Lebzeiten des Ehemannes erfolgt.

Sofern dagegen der Ehemann vor der Inseminierung seines zuvor eingefrorenen Samens stirbt, stellt sich die ethisch problematische und rechtlich ungelöste Frage einer *postmortalen* Befruchtung; denn dies führt von vornherein zu einer Alleinelternschaft der Mutter, was nicht nur dem traditionellen Familienbild widerspricht, sondern auch für das Kindeswohl abträglich sein kann. Doch selbst wenn dies Zurückhaltung gebietet und daher postmortale Befruchtungen jedenfalls nicht von Gesetzes wegen erleichtert werden sollten, reichen solche soziale Bedenken schwerlich für ein Verbot, solange die Gesellschaft auch sonst die gewollte Alleinelternschaft einer auf natürlichem Weg durch einen dritten geschwängerten Frau hinnimmt.

2.2 Homologe In-vitro-Fertilisation

Auch die extrakorporale Befruchtung mit dem Samen des Ehemannes mit anschließendem Embryo-Transfer auf seine Frau ist jedenfalls als Sterilisationstherapie im Grundsatz rechtlich unbedenklich.

Wie jedoch im Benda-Bericht zum Ausdruck gebracht¹⁹ und auf internationaler Ebene beispielweise auch in den Rambouillet-Empfehlungen²⁰ artikuliert, setzt diese Reproduktionsmethode im Hinblick auf das Kindeswohl eine auch psychosomatisch

¹⁶ Victoria „Infertility (Medical Procedures) Act 1984“ (Nr. 10163).

¹⁷ Vgl. *Skene*, *Moral and Legal Issues in the New Biotechnology*, in: *Australian Law Journal* 7/85, S. 379.

¹⁸ Ontario Law Reform Commission: *Report on Human Artificial Reproduction and Related Matters*, Ontario 1985.

¹⁹ Benda-Bericht A. 2.1.1.2.

²⁰ International Conference on Bioethics, Rambouillet 19–21 Avril 1985, Cesta (ed.) Paris 1986, S. 341–352 (= Rambouillet-Empfehlungen III.2; in deutscher Übersetzung von A. Eser abgedruckt in *BioEngineering* 2/85). Vgl. dazu auch den Bericht von A. Eser, *Gentechnologie – Rechtspolitische Aspekte aus internationaler Sicht*, in: *Gentechnologie und Verantwortung (Max-Planck-Gesellschaft / Berichte und Mitteilungen* 3/85 München), S. 53–64, insbes. S. 60f. Dort S. 81–88 auch Abdruck der Rambouillet-Empfehlungen.

abgesicherte medizinische Indikation voraus und bedarf, solange noch nicht voll erprobt, der wissenschaftlichen Kontrolle durch Langzeitstudien.

Trotzdem wird man auch insoweit keine neuen strafrechtlichen Regelungen brauchen. Denn soweit es um die Absicherung der Indikation geht, genügen bereits die allgemeinen ärztlichen Sorgfalts- und Aufklärungspflichten. Allen sonstigen Problemen – insbesondere auch gegenüber einer gewerblichen Ausbeutung des Leidensdrucks von Betroffenen – wird man bereits auf administrativem Wege begegnen können, indem die Ausführung dieser Methode auf solche ärztlichen Einrichtungen beschränkt wird, die in personeller und sachlicher Hinsicht bestimmten Mindestanforderungen genügen und einer staatlichen Aufsicht unterliegen. Dies darf freilich andererseits nicht zu diskriminatorischer Monopolbildung einzelner Zentren führen.

2.3 Heterologe Insemination und In-vitro-Fertilisation (AID – IVF/D)

Demgegenüber ist die mit Spendersamen ausgeführte intra- und extrakorporale Befruchtung mit zahlreichen partnerschaftlichen und familienrechtlichen Problemen belastet, die einer rechtlichen Regelung bedürfen.²¹

Dies muß zwar nicht heißen, daß deswegen – wie zeitweilig in der Bundesrepublik erwogen²² – jede Art von heterologer Befruchtung bei Strafe zu verbieten sei; denn solange es die Rechtsordnung auch anderweitig straflos hinnimmt, daß Kinder durch Ehebruch, Prostitution oder auf sonstwie wenig menschenwürdige Weise gezeugt oder „vaterlos“ geboren werden, wäre es kaum glaubwürdig, wenn dieselbe Rechtsordnung vielleicht gerade eine erwünschte, wenngleich technisch bewerkstelligte Zeugung verbieten wollte. Dennoch erscheinen rechtspolitisch vor allem in zweifacher Hinsicht bestimmte Absicherungen erforderlich:

– So zum einen zur Klarstellung des Eltern-Kindschaftsverhältnisses sowie etwaiger Unterhaltsverpflichtungen: Insofern freilich ist nicht das Strafrecht, sondern – wie im Vortrag von *Coester-Waltjen* näher dargetan – das Familienrecht auf den Plan gerufen.

– Zum anderen zur Sicherung des Rechts des Kindes auf Kenntnis seiner Abstammung. Dieses Recht wird vor allem durch Anonymitätzusicherung gegenüber dem Spender gefährdet. Ohne auf die internationalen Meinungsunterschiede in dieser Frage hier näher eingehen zu können, scheint die allgemeine Tendenz doch immer stärker auf die Feststellbarkeit der genetischen Abstammung hinauszulaufen, und zwar sowohl aus menschenrechtlichen wie aus medizinischen Gründen: Ersteres, weil niemandem die Möglichkeit vorenthalten werden darf, im Interesse seiner Identitätsfindung seine genetische Abstammung kennenzulernen (wobei dieses Persönlichkeitsrecht selbstverständlich nicht bedeutet, daß ihm diese Kenntnis auch gegen seinen Willen aufgedrängt werden dürfe); letzteres, weil es im Krankheitsfall unter Umständen aus diagnostisch-therapeutischen Gründen erforderlich werden kann, auf den genetischen Vater zurück-

²¹ Vgl. A. Eser in Reiter/Theile (oben Anm. 5) S. 134f., 136f.

²² So im amtlichen Entwurf eines Strafgesetzbuches E 1962 § 203.

zugehen.²³ Diese Möglichkeit aber darf nicht durch Anonymitätszusicherung an den Samenspender von vorneherein abgeschnitten werden. Um dies zu verhindern, wird im Benda-Bericht empfohlen, für den Fall einer Fertilisierung mit Spendersamen die ärztlichen Einrichtungen zu verpflichten, die Personalien des Samenspenders zu dokumentieren und die entsprechenden Aufzeichnungen dem Kind nach Vollendung seines 16. Lebensjahres auf seine Anforderung hin zur Einsichtnahme vorzulegen²⁴ – wobei dies sogar noch moderat ist im Vergleich zu SPD-Leitlinien vom Oktober 1985, wonach ein mit Spenderei oder -samen erzeugtes Kind bei Erreichen der Volljährigkeit sogar von Amts wegen über dieses Faktum zu informieren sei.²⁵ Doch selbst bei der Absicherung dieser wichtigen Dokumentationspflicht hat sich die Benda-Kommission insofern Zurückhaltung auferlegt, als sie die Sanktionierungs-Frage offenläßt, um zunächst auf das Standesrecht zu vertrauen. Auch ich würde eine Strafbewehrung derzeit für überzogen halten, zumindest aber die Erfassung als bußgeldbewehrte Ordnungswidrigkeit zu bedenken geben.

– Entsprechendes gilt auch für bevölkerungspolitisch bedenkliche Vielfachspenden. Um dies zu verhindern, ist nach der Benda-Kommission den ärztlichen Einrichtungen zu untersagen, mit dem Samen eines Einzelspenders mehr als 10 erfolgreiche Sterilitätsbehandlungen durchzuführen.²⁶

– Die damit angesprochene Problematik der Eugenik kann auch für den Spender zu bestimmten Pflichten führen: So will beispielsweise die ansonsten mit Sanktionen sehr zurückhaltende Ontario Law Reform Commission das wissentliche Verschweigen oder Verfälschen von erbgutrelevanten Angaben durch einen Gametenspender unter Strafe gestellt sehen²⁷ – ein Punkt, den auch das australische Victoria in seinen Strafkatalog aufgenommen hat,²⁸ der in der Benda-Kommission hingegen nicht einmal bedacht wurde, aber durchaus einer Prüfung wert wäre.

– Vor dem gleichen Hintergrund dürfte auch das vom australischen Victoria vorgesehene Verbot der Benutzung von „Samencocktails“ (durch Mischung des Samens von verschiedenen Spendern) zu sehen sein.^{29, 29 a}

²³ Dazu A. Eser in Gentechnologie (oben Anm. 20) S. 58.

²⁴ Benda-Bericht A. 2.2.1.2.2.1.

²⁵ Sozialdemokratische Vorschläge zur Lösung von Problemen der Unfruchtbarkeit und der Anwendung gentechnologischer Methoden beim Menschen (9.2), in: Politik – Aktuelle Informationen der SPD, Nr. 9 Oktober 1985; inzwischen auch veröffentlicht in: H. Däubler-Gmelin (Hrsg.), Forschungsobjekt Mensch: Zwischen Hilfe und Manipulation, Reihe Gentechnologie-Chancen und Risiken, Bd. 7, München 1986, S. 1–16.

²⁶ Benda-Bericht A. 2.2.1.2.2.2.

²⁷ Ontario-Report (oben Anm. 18) Empfehlung Nr. 23. Vgl. dazu auch Ontario-Report S. 190. Diese vermeintliche Zurückhaltung mit Sanktionen hat jedoch, wie sich zwischenzeitlich aus einem Gespräch mit einem Mitglied der Ontario-Kommission ergeben hat, weniger mit grundsätzlicher Ablehnung derartiger Absicherungen zu tun, sondern ist durch andersartige Gesetzgebungszuständigkeiten innerhalb der föderalen Verfassung Kanadas bedingt.

²⁸ Victoria Infertility Act (oben Anm. 16) Sec. 27.

²⁹ Victoria Infertility Act (oben Anm. 16) Sec. 26.

^{29 a} Vgl. auch § 4 BJM-ESchG zum Verbot der „eigenmächtigen Befruchtung“ und des „eigenmächtigen Embryotransfers.“

2.4 Eispende

Auch die Eispende – und zwar gleich, ob zu intrakorporaler Befruchtung bei der empfangenden Frau oder zur extrakorporalen Befruchtung mit nachfolgendem Transfer auf die Empfängerin – bedarf einer ähnlichen Absicherung wie die Samenspende.³⁰

2.5 Embryonenspende

Die vorgenannten Schutzbedürfnisse erlangen eine weitere Dimension, wenn es sich nicht mehr nur um Ei- oder Samenspende, sondern um eine Embryonenspende handelt;³¹ denn dabei geht es – wie nachfolgend (bei 2.8) noch näher zu begründen – um das Schicksal eines Lebewesens, dem als potentiell menschlichem Subjekt bereits ein schutzwürdiger Status zukommt.

– Soweit es daher allein um die Alternative geht, ob ein „überzähliger“ Embryo von einer anderen Frau ausgetragen oder andernfalls zum Absterben verurteilt ist, ist die Embryonenspende zweifellos das kleinere Übel. Andererseits wäre aber bereits dieses „kleinere Übel“ dadurch zu vermeiden, daß nach Möglichkeit nicht mehr Eizellen befruchtet werden, als für eine In-vitro-Fertilisation benötigt werden. Deshalb hätte eine Regelung bereits hier und nicht erst bei der Embryonenspende anzusetzen.³²

– Soweit es hingegen um eine Embryonenspende in der Form geht, daß nach intrakorporaler Befruchtung bei der Spenderin der Embryo „ausgewaschen“ und auf eine andere Frau übertragen wird, so mag dies vielleicht immer noch besser als ein embryo-vernichtender Schwangerschaftsabbruch sein. Dennoch glaubte der australische Staat Victoria, falls ich sein etwas schwer durchschaubares Regelungsgeflecht richtig durchschaue, den Transfer eines in vivo befruchteten Embryos generell bei Strafe verbieten zu wollen,³³ während die Ontario Law Reform Commission eine solche Schlußfolgerung in Zweifel zieht.³⁴ Auch in diesem Punkt vertraut die Benda-Kommission wohl zu Recht mehr auf die ärztliche Standesethik als auf ein strafrechtliches Verbot.³⁵

– Über den betroffenen Embryo hinaus können freilich auch die Interessen der genetischen Eltern berührt werden. Auch wenn man diesen kein „Eigentum“ an einem „überzähligen“ Embryo wird einräumen können, wird man ihnen doch das Recht zugestehen müssen, über den Transfer des von ihnen stammenden Embryos mitzubestimmen.³⁶ Um dies sicherzustellen, sind die Eltern vor Einleitung der Fertilisierungs-

³⁰ Vgl. Benda-Bericht A. 2.2.2. sowie A. Eser, Medizinisch unterstützte Fortpflanzung: Ethische und rechtliche Probleme, in: BioEngineering 1/85, S. 37–40, insbes. S. 39 sowie Eser in Reiter/Theile (oben Anm. 5) S. 135f.

³¹ Vgl. Benda-Bericht A. 2.2.3.

³² Vgl. Benda-Bericht A. 2.1.2.2.2.

³³ Victoria Infertility Act (oben Anm. 16) Sec. 5, da diese Transferform in den nachfolgenden sections nicht als eine der in sec. 5 Abs. 2 für zulässig erklärten „relevant procedures“ aufgeführt ist.

³⁴ Vgl. Ontario-Report (oben Anm. 18) S. 385.

³⁵ Vgl. Benda-Bericht A. 2.2.3.2.2 in Verbindung mit A. 2.2.2.2.2.

³⁶ Vgl. Benda-Bericht A. 2.1.2.1.2/2.

maßnahmen darüber aufzuklären, daß bei diesem Verfahren unter Umständen „überzählige“ Embryonen anfallen können; zudem werden sie darüber zu befragen sein, wie in diesem Fall verfahren werden soll. Doch dies wird sich auch ohne besondere Regeln bereits im Rahmen der allgemeinen Aufklärungs- und Einwilligungserfordernisse absichern lassen.

2.6 Ersatzmutterschaft

Was die sogenannte Leih-, Miet-, Ammen-, Surrogat- oder wie auch sonst immer bezeichnete Ersatzmutterschaft betrifft, gehe ich, ohne dies hier näher begründen zu können, davon aus, daß diese – von wenigen Ausnahmen abgesehen – grundsätzlich abzulehnen ist.³⁷ Obgleich dies auch die Benda-Kommission mit Entschiedenheit getan hat, wurde von einer strafrechtlichen Sanktionierung abgesehen.³⁸ Dies mag auf den ersten Blick verwundern, erscheint jedoch durchaus sachgerecht, wenn wir auf die eingangs formulierten strafrechtspolitischen Grundsätze zurückgreifen. Denn wenn die Erwartung zutrifft, daß sich die Ersatzmutterschaft schwerlich zu einem Massenphänomen auswachsen wird, ist bereits die Strafbedürftigkeit in Zweifel zu ziehen. Das um so mehr, wenn – wie von der Benda-Kommission vorgeschlagen – den ärztlichen Einrichtungen die Mitwirkung an einem offenbaren Ersatzmutterschaftsarrangement untersagt werden soll und dies standesrechtlich abgesichert werden kann.³⁹

Deshalb bliebe allenfalls der Handel mit Ersatzmutterschaften bei Strafe zu verbieten, was – wie auch von der Benda-Kommission nicht ausgeschlossen – durch eine entsprechende Ergänzung des Adoptionsvermittlungsgesetzes geschehen könnte.⁴⁰ Und damit würde die Bundesrepublik durchaus im internationalen Trend liegen, wie etwa entsprechende Vermittlungsverbote des englischen Surrogacy Arrangements Act,⁴¹ des Infertility Act von Victoria⁴² und der Ontario Law Reform Commission⁴³ zeigen.

Soweit hingegen darüber hinaus sogar die unmittelbar Beteiligten für strafbar erklärt würden, wie dies etwa der Infertility Act von Victoria für die gegen ein Entgelt handelnde Ersatzmutter vorsieht,⁴⁴ wäre im Hinblick auf möglicherweise nachteilige Nebenfolgen die Straftauglichkeit zu bezweifeln; denn da das im Falle eines Verstoßes gegen den Arzt und/oder die Eltern zu führende Strafverfahren möglicherweise mit

³⁷ Näher dazu A. Eser, Thesen zur Reproduktionsmedizin und Humangenetik aus rechtlicher und sozialpolitischer Sicht (These 16), in: Künstliche Fortpflanzung, Genetik und Recht, Internationales Kolloquium Lausanne (November 1985), Bd. 4 der Veröffentlichungen des Schweizerischen Instituts für Rechtsvergleichung Lausanne (im Druck).

³⁸ Benda-Bericht A. 2.2.4.

³⁹ Benda-Bericht A. 2.2.4.2.2.1.

⁴⁰ Benda-Bericht Begründung zu A. 2.2.4.2.2.1.

⁴¹ Surrogacy Arrangements Act (oben Anm. 14) sec. 2: Während darin jedoch lediglich Ersatzmutterschaftsvermittlungen auf kommerzieller Basis untersagt werden, hatte das Warnock-Committee auch für nicht-kommerziell arbeitende Organisationen ein strafrechtliches Verbot empfohlen: Warnock-Report (oben Anm. 15) 8.18.

⁴² Victoria Infertility Act (oben Anm. 16) sec. 30 Abs. 1 und 2, wobei zudem nach Abs. 3 auch Ersatzmutterschaftsverträge für nichtig erklärt werden.

⁴³ Ontario-Report (oben Anm. 18) Empfehlung 65; vgl. auch S. 267ff.

⁴⁴ Victoria Infertility Act (oben Anm. 16) sec. 30 Abs. 2.

Publizität verbunden wäre, könnte dies für das nun einmal geborene Kind die Gefahr heraufbeschwören, mit unblieblichen Vorkommnissen bei seiner Zeugung konfrontiert und damit in seiner psychischen Entwicklung gestört zu werden. Kurzum: Zwar Strafbarkeit für den Agenten, nicht aber für sein kommerzielles Opfer.

2.7 Kryokonservierung von menschlichen Embryonen

Das Einfrieren von menschlichen Embryonen wird auch von der Benda-Kommission für akzeptabel angesehen, wenn

- der Embryo-Transfer in einem der folgenden Zyklen der Frau durchgeführt werden soll, um dadurch die Nidationschance für den Embryo zu erhöhen, oder
- ein sofortiger Embryotransfer nicht möglich ist und das Einfrieren des Embryos die Chance für einen nicht allzu fern liegenden Transfer eröffnet.⁴⁵

Eine solche zeitweilige Kryokonservierung läßt sich freilich nur solange rechtfertigen, als dies zur Schonung der Frau aus medizinischen Gründen unvermeidlich ist. Sobald es jedoch – wie vor kurzem berichtet⁴⁶ – möglich werden sollte, noch unbefruchtete Eizellen einzufrieren und für einen späteren Zyklus zur Verfügung zu halten, würde dem Einfrieren von Embryonen der rechtfertigende Boden entzogen. Auch das Einfrieren zum Zwecke eines späteren Transfers ist allenfalls damit zu rechtfertigen, daß dadurch Embryonen, die sonst zum Absterben verurteilt wären, eine Lebenschance eröffnet wird. Freilich sollte dabei die „Generationenschanke“ nicht durch allzu langes Aufbewahren übersprungen werden. Deshalb wäre für die Kryokonservierung eine zeitliche Obergrenze zu setzen, die am normalen Abstand zwischen mehreren Kindern auszurichten wäre: So gesehen wäre die von der Benda-Kommission vorgeschlagene 2-Jahresfrist⁴⁷ vielleicht etwas knapp bemessen.

Doch wie auch immer man dabei verfährt und etwaige Fristen absichert, sofern der zunächst beabsichtigte Transfer dann doch nicht durchführbar ist, bleibt die Frage, was mit einem solchen Embryo geschehen soll: Soll man ihn dann einfach auftauen und sterben lassen dürfen? Oder soll er etwa für Forschungszwecke verfügbar sein? Damit kommen wir zu dem vielleicht schwierigsten Folgeproblem der gesamten Reproduktionsmedizin:

2.8 Forschung am Embryo: sein „moralischer Status“

Inwieweit dies zulässig sein soll, dies wird nicht nur international höchst kontrovers beurteilt,⁴⁸ sondern hat auch in der Benda-Kommission fast zu einer Zerreißprobe geführt. Dies hat sich auch im Bericht insofern niedergeschlagen, als die Meinungsun-

⁴⁵ Benda-Bericht A. 2.5.1.2, wobei von einer 2-Jahres-Grenze ausgegangen wird.

⁴⁶ So auf der Lausanner Konferenz (oben Anm. 37).

⁴⁷ Vgl. oben Anm. 45.

⁴⁸ Vgl. etwa den Warnock Report (oben Anm. 15) 2.1–2.8, ferner die sibyllinische Formulierung in den Ramboillet-Empfehlungen (oben Anm. 20) III.2. sowie dazu Eser in Gentechnologie (oben Anm. 20) S. 61.

terschiede offengelegt wurden:⁴⁹ Die Mehrheit hielt Experimente von vorneherein nur mit solchen Embryonen für vertretbar, die als unbeabsichtigt „überzählig“ ohnehin zum Absterben verurteilt wären, aber selbst für diesen Fall nur unter der Voraussetzung, daß der Versuch „dem Erkennen, Verhindern oder Beheben einer Krankheit bei dem betreffenden Embryo“ oder „zur Erzielung definierter, hochrangiger medizinischer Kenntnisse“ dienen soll. Demgegenüber wollten einzelne Kommissionsmitglieder auch die gezielte Erzeugung von menschlichen Embryonen zu Forschungszwecken nicht generell ausgeschlossen sehen. Mit diesem weitgehenden Standpunkt steht international gesehen die Minderheit aber wohl noch allein – wobei freilich die Frage bleibt, wie lange: Denn da man bislang als praktisch selbstverständlich von der Verfügbarkeit „überzähliger“ Embryonen ausging, brauchte man sich über die gezielte Erzeugung von Embryonen zu Forschungszwecken keine Gedanken zu machen. Wie aber, wenn – wie zu vermuten – die extrakorporale Befruchtung alsbald derart vervollkommen sein wird, daß man nur soviel Eizellen zu befruchten braucht, wie für die Implantation benötigt werden? Wenn dann dem gezielten Erzeugen von Embryonen zu Forschungszwecken kein klarer Riegel vorgeschoben ist, sondern – wie beispielsweise tendenziell im Infertility Act von Victoria – die Entscheidung über Forschung am Embryo generell einer Kommission überlassen bleibt,⁵⁰ diese aber ihrerseits keine Entscheidungskriterien zur Hand hat und man sich somit allein – im *Luhmannschen* Sinne – auf eine „Legitimation durch Verfahren“ verläßt, dann braucht man kein Prophet zu sein, um vorauszusagen, wer im Widerstreit zwischen Embryo und Forschungsinteressen die besseren Durchsetzungschancen hat.

Wenn man dieser Entwicklung rechtzeitig vorbeugen will, wird man um klare Regelungen und entsprechende Absicherungen nicht herumkommen. Dies setzt freilich zweierlei voraus: Zum einen die materielle Frage, inwieweit Forschung am Embryo überhaupt zulässig sein soll, und zum anderen die mehr instrumentale Frage, wie etwaige Grenzen abzusichern sind. Während in der Zulässigkeitsfrage die Mehrheit der Benda-Kommission einen – auch im Vergleich zu den insoweit offeneren BÄK-Richtlinien II – eher engen Standpunkt eingenommen hat, wurde die Sanktionierungsfrage letztlich offengelassen. Dies mag zu bedauern sein, erscheint aber verständlich, wenn man sich klarmacht, daß wir bei diesem Fragenkomplex vor einer Grundwertentscheidung stehen, die von der gesamten Rechtsgemeinschaft mitzuverantworten ist. Denn während es bei allen vorangehenden Fragen mehr oder weniger um die Absicherung gegen bloße soziale Folgeprobleme – wie etwa für das Kindschaftsverhältnis oder gegenüber kommerziellen Auswüchsen – geht, steht bei der Forschung am Embryo dieser selbst und damit seine prinzipielle Schutzwürdigkeit auf dem Spiel.

Insoweit aber ist die Konsensfindung dadurch erschwert, daß die zentrale Frage nach dem *moralischen Status des Embryos* nicht vorurteilsfrei, sondern je nach dem erwünschten oder unerwünschten Freiraum für den Forscher verneint oder bejaht wird:

– Wer die Forschung am Embryo ermöglicht sehen will, glaubt diesem von vornher-

⁴⁹ Benda-Bericht A.2.4.

⁵⁰ Vgl. Victoria Infertility Act (oben Anm. 16) sec. 6 Abs. 3 in Verbindung mit sec. 29 Abs. 6b.

ein die menschliche Qualität abprechen zu müssen und meint dies kurzerhand mit der Straffreiheit des Schwangerschaftsabbruchs in der Pränidationsphase begründen zu können.

– Wer umgekehrt ebenso wie den Schwangerschaftsabbruch auch die Forschung am Embryo verhindert sehen möchte, glaubt dies schon dadurch sichergestellt, daß er dem Embryo bereits vom Zeitpunkt der Befruchtung an die Individualität und Personalität eines Menschen zuerkennt.

Beide Extremstandpunkte erscheinen mir jedoch schon in sich nicht zwingend, denn:

– Selbst wenn der Embryo bereits menschliche Qualität besitzt, ist er damit nicht jedweden Eingriffs entzogen, ebensowenig wie dies beim geborenen Menschen der Fall ist; denn wie sowohl die traditionell für zulässig gehaltene tödliche Notwehr wie auch die gerechtfertigte Tötung im Kriege – ganz zu schweigen von der anderenorts noch reichlich praktizierten Todesstrafe – zeigt, ist rechtlicher Weise einzuräumen, daß selbst das geborene Leben keineswegs so „heilig“ und absolut geschützt ist, um nicht unter Umständen sogar bloßen Vermögensinteressen oder nationalen Territorialansprüchen geopfert zu werden. Insofern entpuppt sich – wie bereits in einem rechtshistorischen Rückblick zum Wandel des strafrechtlichen Lebensschutzes dargetan – die so häufig beschworene „Heiligkeit“ des Lebens leider allzu oft als bloßer Schein.⁵¹

– Umgekehrt aber wäre es nicht weniger falsch, aus der teilweisen Straffreiheit des Schwangerschaftsabbruchs auf die mangelnde Schutzwürdigkeit des Embryos schließen zu wollen; denn den Interessen der Schwangeren Vorrang einzuräumen, wie dies durch die Indikationsregelung des jetzigen § 218a StGB geschieht, bedeutet nicht, daß der Embryo schon von vornherein nicht schutzwürdig wäre. Ja, selbst aus § 219d StGB, wonach Eingriffe vor Abschluß der Einnistung des befruchteten Eies in der Gebärmutter nicht als Schwangerschaftsabbruch gelten, kann nicht ohne weiteres geschlossen werden, daß man es bis zur Nidation noch nicht mit menschlichem Leben zu tun habe; denn ähnlich wie übrigens auch § 1 BGB, der lediglich die „Rechtsfähigkeit“, nicht aber das „Leben“ erst mit Vollendung der Geburt beginnen läßt, enthält sich auch diese Strafrechtsbestimmung – entgegen einem weitverbreiteten Mißverständnis – jeglicher Definition des menschlichen Lebens und seines Beginns, um sich stattdessen – und wie mir scheint, sehr weise – darauf zu beschränken, lediglich die Strafbarkeitsgrenzen zu umschreiben.

Auch die vielfach aufgeworfene Frage, ob die befruchtete Eizelle auch schon außerhalb des Mutterleibs als solche Inhaberin von Grundrechten sein könne, geht am Kern des Problems vorbei. Denn ganz ungeachtet der Frage, ab wann die Individualität oder Personalität menschlichen Lebens beginnt, handelt es sich bei dem aus menschlichen Keimzellen stammenden Leben um artspezifisch menschliches – im Unterschied zu sonstigem vegetativen – Leben: schon insofern aber hebt es sich von pflanzlichem und tierischem Leben ab. Und wenn man ferner bedenkt, daß es sich bereits bei einer befruchteten menschlichen Eizelle um die Entwicklungsform eines menschlichen Sub-

⁵¹ Vgl. A. Eser, Zwischen „Heiligkeit“ und „Qualität“ des Lebens, in: J. Gernhuber (Hrsg.), Tradition und Fortschritt im Recht. Festschrift zum 500-jährigen Bestehen der Tübinger Juristenfakultät, Tübingen 1977, S. 377–414, insbes. S. 393 ff., 398 ff.

jekts handelt, die genetisch jedenfalls insofern schon völlig abgeschlossen ist, als alle Anlagen bereits vorhanden sind und nur noch zur Entfaltung zu kommen brauchen und damit die volle Potentialität eines Menschen vorhanden ist, so kann diesem „potentiellen Subjekt“ nicht jeglicher „moralische Status“ abgesprochen werden.

Deshalb wäre es wünschenswert, wenn der vordergründige Begriffsstreit darüber, ob der Embryo bereits als „Mensch“ zu verstehen sei oder nicht und inwieweit dies von seiner Individualität oder Personalität abhängt, aufgegeben würde, um sich stattdessen auf die Frage zu konzentrieren, ob und inwieweit uns ein artspezifisch menschliches, weil aus menschlichen Keimzellen stammendes neues Lebewesen, das zumindest keimhaft bereits die volle Potentialität eines Menschen besitzt, hinreichend wertvoll erscheint, um es nicht der Beliebigkeit willkürlicher Erhaltung oder Vernichtung preiszugeben. So gesehen aber kann es dann auch nicht entscheidend darauf ankommen, ob diesem Leben bereits ein eigenständiger Grundrechtsschutz garantiert ist; denn nachdem die Rechtsordnung ansonsten sogar manche materiellen Güter selbst gegen ihren Eigentümer schützt, wenn sie – wie etwa kulturelle Sammlungsgegenstände – hinreichend wertvoll erscheinen (§ 304 StGB), ist nicht einzusehen, warum demgegenüber der künstlich erzeugte menschliche Embryo praktisch „vogelfrei“ bleiben sollte. Und ebensowenig wie die Schutzwürdigkeit von Tieren und Pflanzen von einer entsprechenden verfassungsrechtlichen Fundierung abhängt, braucht auch der Schutz des menschlichen Embryos nicht mit seiner Qualifizierung als „Mensch“ oder „Person“ zu stehen oder zu fallen; denn entscheidend ist nicht die begriffliche Definierung, sondern der Grad an Wertschätzung, den die Rechtsgemeinschaft einem Lebewesen entgegenbringt, das bereits volle menschliche Potentialität besitzt. Selbstverständlich ist dessen Schutzwürdigkeit umso größer, je höher sein verfassungsrechtlicher Status ist. Doch selbst ohne einen solchen steht dies seiner Schutzwürdigkeit nicht entgegen. Von der – ohnehin von normativen Vorverständnissen abhängigen – Frage nach der Individualität oder Personalität embryonalen Lebens abzusehen, bedeutet daher – entgegen einem möglichen Mißverständnis – gerade nicht, daß damit dem Embryo die Schutzgrundlage entzogen werde; im Gegenteil: indem diese weltanschaulich vorbelastete Frage relativiert wird, ist zu hoffen, daß eine zwar niedriger angesetzte, aber dafür umso leichter konsensfähige Schutzbasis gefunden ist. Denn daß es sich selbst beim extrakorporal erzeugten Embryo jedenfalls um artspezifisch menschliches, genetisch abschließend angelegtes Leben handelt, ist – soweit ersichtlich – auch naturwissenschaftlich unbestritten.⁵²

Daraus die entsprechenden rechtspolitischen Konsequenzen zu ziehen, ist naturgemäß nicht mehr eine Frage der Empirie, sondern einer normativen Setzung. Ohne dies hier im einzelnen entfalten zu können, läßt sich zu der hier infrage stehenden Forschung am Embryo jedenfalls thesenhaft folgendes feststellen: Da dem menschlichen Embryo bereits außerhalb des Mutterleibs ein schutzwürdiges Status zuzuerkennen ist, kann seine Einbeziehung in ein Forschungsobjekt nicht im freien Belieben des einzel-

⁵² Demzufolge ist auch die Definierung von „artspezifischem“ menschlichem Leben in der Anlage B. IV des Benda-Berichts auch von naturwissenschaftlicher Seite nicht angefochten worden.

nen Forschers stehen, sondern bedarf einer besonderen Rechtfertigung. Dabei sind drei Fallgruppen zu unterscheiden (die mir im Referat von *Scholz* nicht hinreichend auseinandergehalten scheinen):

– Soweit das erhoffte Forschungsergebnis (auch) dem *betroffenen* Embryo selbst zugute kommen kann, handelt es sich um den grundsätzlich zulässigen Fall eines therapeutischen „Heilversuchs“: Insofern bewegt sich die auf das Erkennen, Verhindern oder Beheben einer Krankheit ausgerichtete Forschungsformel der Benda-Kommission auf sicherem Boden.

– Sofern dagegen ein solcher individueller Nutzen für den betroffenen Embryo ausgeschlossen ist, weil es nicht um *seine* Behandlung, sondern um allgemeine Forschungserkenntnisse geht, die allenfalls *anderen* Embryonen oder Menschen zugute kommen können, handelt es sich um ein Humanexperiment: Dieses aber ist, falls dabei der Tod des Embryos in Kauf genommen wird, allenfalls dann zu rechtfertigen, wenn der Tod des betroffenen Embryos ohnehin nicht abzuwenden ist und seine Degradierung zum Forschungsobjekt durch hochrangige medizinische Erkenntnisziele, für die es allerdings bislang noch an einer hinreichend klaren Definierung fehlt, aufgewogen werden kann. Selbst bei dieser Forschungsklausel der Benda-Kommission muß man sich freilich klar sein, daß mit solchen „verbrauchenden Experimenten“ menschliches Leben fremdnützig geopfert wird – und zwar nicht nur durch bloße Gesundheitsbeschränkungen, sondern – was bei geborenem Leben undenkbar wäre,⁵³ aber bei *Scholz* nicht klar genug herauskommt – durch zwangsläufige Vernichtung des Lebens.

– Diese Verfremdung menschlichen Lebens steigert sich schließlich zu einer totalen Instrumentalisierung, wenn Embryonen (ohne Implantationsabsicht) ausschließlich zu Forschungs- oder sonstigen Verwertungszwecken erzeugt werden: Denn wenn irgendwo menschliches Leben zum reinen Objekt erniedrigt wird, so dort, wo bereits mit seiner Erzeugung zugleich auch schon seine Vernichtung beabsichtigt und damit die Chance seiner Menschwerdung von vornherein ausgeschlossen ist. Eine solche Mißachtung der Menschenwürde wird selbst durch wichtige Forschungsvorhaben schwerlich aufzuwiegen sein. Dies gilt umso mehr, wenn ein Embryo zu gewerblicher Verwertung erzeugt und verbraucht werden soll.

Die danach für die Forschung am Embryo aufgezeigten Grenzen sind freilich bislang nicht mehr als ein rechtspolitisches Postulat. Denn selbst wenn das vom BVerfG dem Ungeborenen zuerkannte Recht auf Leben auch schon dem Frühembryo außerhalb des Mutterleibs zuzuerkennen ist,⁵⁴ fehlt es doch bisher an einer Instrumentalisierung dieses Schutzes, nachdem das gegenwärtige Strafrecht erst vom Zeitpunkt der Nidation an eingreift.⁵⁵ Obgleich es nun naheliegen könnte, den Strafrechtsschutz – wie ursprünglich bis zur Reform von 1975 angenommen – wiederum auf den Befruchtungszeitpunkt vorzuverlegen, ist dieser Schluß nicht zwingend. Denn nachdem die Schutzwürdigkeit zwar eine notwendige, aber nicht schon hinreichende Voraussetzung für ein strafrecht-

⁵³ Näher dazu *A. Eser*, Das Humanexperiment, in: *W. Stree u. a.* (Hrsg.), *Gedächtnisschrift für H. Schröder*, München 1978, S. 191–215, insbes. S. 210ff.

⁵⁴ Vgl. Benda-Bericht A. 1.3 zu BVerfGE 39, 1/37. Vgl. auch *BJM-ESchG* S. 7f.

⁵⁵ Vgl. *Eser* in *Reiter/Theile* (oben Anm. 5) S. 137f.

liches Verbot ist, sondern auch die Strafbedürftigkeit und die Straftauglichkeit hinzukommen müssen, bleibt zu fragen, ob der Schutz des Embryos gegen unvertretbare Experimente nicht auch anders als nur auf strafrechtlichem Wege erreichbar wäre. Solange man nämlich davon ausgehen kann, daß die Forschung am Embryo von vornherein auf einen vergleichsweise gut überschaubaren Personenkreis von Medizinern beschränkt ist und diese sich ihrem Standesrecht verpflichtet fühlen, könnte vielleicht auch schon durch entsprechende Richtlinien, wie sie von der Bundesärztekammer vorgesehen,⁵⁶ aber auch effizient zu überwachen sind, möglichem Mißbrauch vorgebeugt sein. So gesehen mag denn auch verständlich werden, warum sich in diesem Problembe- reich die Benda-Kommission – im Unterschied zu den insoweit strengeren SPD-Vor- schlägen (9.4) – mit einer spezifisch strafrechtlichen Empfehlung zurückgehalten hat.^{56a}

3. Biotechnologische Eingriffe in das menschliche Erbgut

Während es vorangehend um biotechnologische Verfahren ging, bei denen das Erb- gut im wesentlichen unverfälscht und ungeteilt bleibt, geht es nunmehr um Verfahren, mit denen – wenngleich mehr oder weniger stark – in menschliches Erbgut eingegriffen wird.

3.1 Klonen von Menschen

Dieses scheint noch vergleichsweise harmlos, wenn im noch totipotenten Entwick- lungsstadium des Embryos durch Zellkernteilung eine künstliche Mehrlingsbildung herbeigeführt wird; denn damit scheint nichts anders zu geschehen, als was sich auch in der Natur spontan ereignet. Freilich, auch sonst ist menschliches Handeln nicht schon einfach deshalb sittlich gut, weil es gleiche Wirkungen – wie etwa die Tötung eines Menschen auch infolge eines Steinschlags – gibt. Denn wie Löw treffend feststellt: „Indem wir es tun wie die Natur, ist es gerade nicht so wie in der Natur. Hier ist es Handlung, in der Natur ist es Geschehen“.⁵⁷ Deshalb wäre auch die künstliche Zelltei- lung nur dann sittlich vertretbar, wenn sie menschliche Weite unangetastet ließe. Das aber ist bei künstlicher Mehrlingsbildung gerade nicht der Fall, weil dadurch eine beliebig große Zahl von Individuen mit identischen Genmustern hergestellt und damit in willkürlicher Weise die Individualität und Einmaligkeit eines potentiellen Subjekts aufgehoben wird.

⁵⁶ Bundesärztekammer: „Richtlinien zur Durchführung von In-vitro-Fertilisation (IVF) und Embryotransfer (ET) als Behandlungsmethode der menschlichen Sterilität“, in: Deutsches Ärzteblatt 82 (1985), S. 1690–1698, insbes. zu 4.3, in Verbindung mit den vom Wissenschaftlichen Beirat erarbeiteten „Richtlinien zur Forschung an frühen menschlichen Embryonen“, in: Deutsches Ärzteblatt 82 (1985), S. 3757–3764.

^{56a} Weitergehend jedoch die Pönalisierungsvorschläge des BJM-ESchG §§ 2, 3.

⁵⁷ R. Löw, in: Ethische und rechtliche Probleme der Anwendung zellbiologischer und gentechnischer Methoden am Menschen. Dokumentation eines Fachgesprächs im Bundesministerium für Forschung und Technologie, in der Reihe „Gentechnologie – Chancen und Risiken“ Bd. 1, München 1984, S. 146.

Dies gilt umso mehr für jene Form des Klonierens, bei der durch Austausch von noch totipotenten Zellkernen in die genetische Unverfälschtheit des Menschen eingegriffen wird.

Um demgegenüber die fundamentale Bedeutung der Unantastbarkeit des genetischen Erbes ins allgemeine Bewußtsein zu heben, hat sich die Benda-Kommission zu Recht für ein strafrechtliches Verbot der Klonierung von Menschen ausgesprochen,⁵⁸ ähnlich wie dies übrigens auch Victoria getan hat.⁵⁹

3.2 Hybridwesen und Chimären aus Mensch und Tier

Auch gegen die Erzeugung von Hybridwesen oder Chimären aus Mensch und Tier erscheint mir ein strafrechtliches Verbot veranlaßt. Damit soll freilich kein pauschales Veto gegen jede Art von Interspezies-Interaktion ausgesprochen sein. Vielmehr wird man zwischen zwei Fallgruppen zu unterscheiden haben:⁶⁰

– Solange es lediglich um die diagnostische Testung von menschlichen an tierischen Keimzellen geht und das dabei entstandene „Verschmelzungsprodukt“ von vornherein nicht über frühe Teilungsstadien hinaus entwicklungsfähig ist (wie etwa bei der Testung von menschlichem Sperma an Goldhamsteriern, um für eine In-vitro-Fertilisation Aufschluß über die Penetrationsfähigkeit des Spermas zu erlangen), besteht kein wesentlicher Unterschied zur sonstigen Testung von menschlichem Zellmaterial an anderen Zellkulturen oder an chemischen Substanzen.

– Sobald dagegen über solche mehr äußerlichen Verbindungen hinaus an die Kernverschmelzung von menschlichen Keimzellen mit denen von Tieren höherer Ordnung gedacht ist, würden Lebewesen zustandekommen, die auch menschliche Gene enthalten. Wenn aber irgendwo die genetische Unverfälschtheit des menschlichen Erbguts angetastet würde, dann sicherlich bei speziesüberschreitender Züchtung von Mensch-Tier-Hybridwesen. Daher wird nicht nur – falls überhaupt jemals möglich – die volle Entwicklung und Geburt solcher Wesen zu untersagen sein, sondern – entgegen mancher Forschermeinung – schon der Versuch solcher Fusionen. Denn selbst wenn man derartige Wesen letztlich nicht zu Geburt kommen lassen wollte, wäre die menschliche Würde doch dadurch verletzt, daß (zumindest partiell) menschliches Leben mit vorgefaßter Tötungsabsicht erzeugt und ohne jede Chance eigener Menschwerdung total instrumentalisiert wird.

– Die gleichen Grundsätze dürften auch für eine etwaige Chimärenbildung durch Verbindung von Mensch-Tier-Zygoten zu gelten haben.

Daher wäre auch gegenüber solchen unvertretbaren Interspezies-Interaktionen durch ein strafrechtliches Verbot ein Signal zu setzen – so wie dies bereits in Victoria⁶¹

⁵⁸ Benda-Bericht A.2.6.1.1.1. In gleichem Sinne § 7 BJM-ESchG.

⁵⁹ Victoria Infertility Act (oben Anm. 16) sec. 6.

⁶⁰ Insoweit habe ich meinen zunächst zu wenig differenzierten Standpunkt in Reiter/Theile (oben Anm. 5.) S. 139, wie bereits aus BioEngineering 1/85 (oben Anm. 30) S. 40 zu entnehmen, einschränkend zu revidieren.

⁶¹ Victoria Infertility Act (oben Anm. 16) sec. 6.

geschehen ist und auch von der Benda-Kommission gefordert wird,⁶² wobei sie insofern inzwischen sogar die nachhaltige Unterstützung von *Arthur Kaufmann*⁶³ gefunden hat, der ansonsten wahrlich kein Freund von Kriminalisierung ist.

3.3 Gentransfer in die menschliche Keimbahn

Auch diese gentechnologische Methode war in der Benda-Kommission sehr umstritten.⁶⁴ Doch anders als bei der Forschung am Embryo, wo bereits im Hinblick auf die Zulässigkeit und deren Grenzen die Meinungen auseinandergingen, war man sich über die grundsätzliche Nichtvertretbarkeit eines Gentransfers in die menschliche Keimbahn jedenfalls zum gegenwärtigen Zeitpunkt einig; denn wegen mangelnder Zielgenauigkeit und Nichtkontrollierbarkeit der Folgen sowie im Hinblick auf die definitiven Auswirkungen für die Nachkommenschaft ist diese Methode mit derart unverträglich hohen Risiken belastet, daß sie gegenwärtig, wenn nicht sogar – wie in den Rambouillet-Empfehlungen vermutet⁶⁵ – auf Dauer inakzeptabel erscheint.

Die Streitfrage in der Benda-Kommission war jedoch, ob dies bereits ein spezifisch strafrechtliches Verbot rechtfertigt: Während die Mehrheit der Auffassung war, daß auch in dieser Frage das Strafrecht in besonderem Maße dazu dienen könne, die Unverfälschtheit des genetischen Erbes im Bewußtsein der Bevölkerung als schutzwürdig zu verankern, glaubte eine Minderheit, im Vertrauen auf eine entsprechende Absicherung im Landesrecht das Strafbedürfnis verneinen zu können, und zwar zudem auch deshalb, um mögliche Forschungen in diesem Bereich nicht vorneherein zu verbauen. Freilich, ähnlich wie bei der gezielten Erzeugung von Embryonen zu Forschungszwecken stellt sich auch hier die Frage, ob ein Erkenntnisgewinn so gewichtig sein kann, um ein menschliches Wesen den mit einem Gentransfer in die Keimbahn verbundenen Risiken auszusetzen und für den Fall seiner möglichen Mißbildung von vorneherein seine Tötung in Kauf zu nehmen.^{65a}

3.4 Gentransfer in Körperzellen

Demgegenüber bestehen gegen einen Gentransfer in bereits ausdifferenzierte Körperzellen jedenfalls dann keine grundsätzlichen Bedenken, wenn dies zur Behebung einer Krankheit dient. Denn bei dieser Art von Eingriffen handelt es sich lediglich um eine besondere Form von Organtransplantation. Solange sich diese Methode freilich noch im Experimentierstadium befindet, sind nach den Grundsätzen des „Heilversuchs“

⁶² Benda-Bericht A. 2. 6. 1. 1. 2. / 3. Ebenso § 8 BJM-ESchG.

⁶³ *A. Kaufmann* in FAZ (oben Anm. 4).

⁶⁴ Benda-Bericht A. 4. 2.

⁶⁵ Rambouillet-Empfehlungen (oben Anm. 20) I. 2.

^{65a} Für strafrechtliches Verbot BJM-ESchG §§ 5, 6.

über die erforderliche Aufklärung und Einwilligung des Patienten hinaus an die Nutzen-Risiko-Abwägung besonders strenge Anforderungen zu stellen.⁶⁶

3.5 Genomanalyse

Auch den mit der Genomanalyse verbundenen Gefahren und Mißbrauchsmöglichkeiten⁶⁷ ist weniger mit strafrechtlichen als mit arbeits- und versicherungsrechtlichen Absicherungen zu begegnen, wie neuestens von *Deutsch* in differenzierter Weise darge-
tan.⁶⁸ Das soll freilich nicht heißen, daß im Hinblick auf die besondere Sensibilität genetischer¹ Daten unter Umständen die Datenschutzgesetze entsprechend zu verbessern wären.

4. Die „eugenische Versuchung“ – eine Herausforderung für die Rechtskultur

Wenn wir uns abschließend die Frage stellen, wie häufig nun eigentlich das Strafrecht im Bereich der neuen Biotechnologie zum Zuge kommen soll, so ist die Ausbeute vielleicht überraschend gering. Denn über eine interpretative Anpassung bereits bestehender Schutzvorschriften hinaus erscheint ein strafrechtliches Verbot lediglich gegenüber dem Klonieren von Menschen sowie dem Erzeugen von Hybridwesen aus Mensch und Tier unzweifelhaft geboten, während die ebenfalls problematische Erzeugung von Embryonen zu Forschungszwecken wie auch der Gentransfer in die Keimbahn wohl schon durch nichtstrafrechtliche Absicherungen unter Kontrolle zu halten ist.

Dies kann freilich nur dann gelingen, wenn wir uns der „eugenischen Versuchung“, die von den faszinierenden Möglichkeiten der neuen Biotechnologie ausgeht, bewußt bleiben und ihr von Grund auf widerstehen. Denn so verständlich es auch sein mag, humangenetische Diagnostiken und Therapien – im Sinne sogenannter „negativer Eugenik“ – zur Ausschaltung von Erbkrankheiten einzusetzen, so liegt doch schon darin eine große Gefahr: die schleichende Abwertung von krankem und die Diskriminierung von behindertem Leben.⁶⁹ Um so mehr ist darauf zu achten, daß nicht schon bloße Abweichungen von der genetischen „Normalität“ als „Erbkrankheit“ behandelt werden.

Sobald es jedoch darüber hinaus – im Sinne sogenannter „positiver Eugenik“ – sogar um gezielte Selektion höherwertiger Anlagen oder sonstwie erwünschter Eigenschaften

⁶⁶ Benda-Bericht A.4.1. Vgl. auch *Eser* in *Reiter/Theile* (oben Anm. 5) S. 142.

⁶⁷ Vgl. Benda-Bericht A.3.

⁶⁸ *E. Deutsch*, Die Genomanalyse: Neue Rechtsprobleme, in: *Zeitschrift für Rechtspolitik* 19 (1986) S. 1–4.

⁶⁹ Deshalb hat sich in der Rambouillet-Konferenz die japanische Delegation sogar gegen eine therapiebezogene Empfehlung humangenetischer Diagnostiken verwahrt: vgl. *Eser* in *Gentechnologie* (oben Anm. 20) S. 64 sowie Rambouillet-Empfehlungen (deutsche Fassung) II.1/3 (oben Anm. 20); in der nachträglichen Veröffentlichung der Konferenzempfehlungen (in: *International Conference*, oben Anm. 20) ist der japanische Vorbehalt – aus mir nicht bekannten Gründen – allerdings nicht mehr enthalten.

und damit um eugenische Zuchtwahl geht, stellt sich die Frage nach den maßgeblichen Selektionskriterien und wer dafür verantwortlich sein soll. Daß dies nicht der einzelne Forscher in subjektiver Beliebigkeit tun kann, sollte eigentlich auf der Hand liegen. Denn sobald humangenetische Selektion an sozialrelevanten Höher- oder Minderwertigkeitskriterien ausgerichtet ist, enthält sie Wertungen über menschliches Leben, die nicht rein empirisch-deskriptiv gewonnen, sondern normativ gesetzt sind, und sei es auch nur unbewußt. Als sozialrelevante Wertungen aber müssen sie gegenüber der gesamten Rechtsgemeinschaft legitimiert werden. Insofern ist Eugenik eben mehr als nur naturwissenschaftliche Methodik – sie ist auch gesamtgesellschaftliche Politik.⁷⁰

Diese Verantwortung abzusichern, wäre das Strafrecht für sich allein zweifellos überfordert. Denn dabei geht es nicht zuletzt auch um Grundeinstellungen, die das gesamte Recht durchdringen müssen. Kurz: Auch hier bleibt die Bewältigung der Natur eine Aufgabe für die gesamte Rechtskultur.

⁷⁰ Vgl. Eser in Schloot (oben Anm. 9) S. 199ff. sowie die daran anschließende Diskussion S. 214ff.